

Aufruf der «humanitären Schweiz»

Die Referenden gegen Asyl- und Ausländergesetz sind deponiert – unterzeichnet von 164'000 Stimmberechtigten

Die beiden Referenden gegen das revidierte Asylgesetz und das neue Ausländergesetz sind letztlich deutlich zustande gekommen. Die Urheber wollen dies als Aufruf der «humanitären Schweiz» gegen «unmenschliche Gesetzesvorlagen» verstanden haben.

Je 50 000 Unterschriften wären nötig gewesen, über 200 000 sind es geworden – und rund 165 000 davon sind gestern in beglaubigter Form eingereicht worden: Allein schon diesen Umstand werteten die Urheber der Referenden gestern in Bern als ersten Zwischenerfolg. Der Sammelerfolg belege, wie ernsthaft sich viele Schweizerinnen und Schweizer über die Verschärfungen in der Asyl- und Ausländerpolitik sorgten.

Neu in Inland & Ausland:

Besonders hervorgehoben wurde, wie breit allein schon die gegen das verschärfte Asylgesetz kämpfende «Koalition für eine humanitäre Schweiz» geworden sei: Von Jugendverbänden über Menschenrechtsorganisationen, von Fachverbänden bis hin zu kirchlichen Kreisen erhebe sich hier letztlich «die Zivilgesellschaft» gegen eine fehlgeleitete Politik, betonte Jürg Krummenacher, Direktor von Caritas. Das Gesetz sei ein Bruch mit der humanitären Tradition der Schweiz und es missachte gar die Genfer Flüchtlingskonvention. In den Augen des Synodalaratspräsidenten der Waadt, Henri Chabloz, stelle das revidierte Asylgesetz gar die fundamentalen gesellschaftlichen Grundwerte in Frage, zu der der respektvolle Schutz des Bedürftigen gehöre.

Lauter Schraubzwingen

Das Ausländergesetz seinerseits sei eine «rückwärts gewandte Konstruktion», die nur vorgebe, die Migration besser zu kontrollieren, in Tat und Wahrheit aber «Zugewanderte noch stärker als bisher in die Illegalität drängt», urteilte gestern die Zürcher Sozialvorsteherin Monika Stocker. Das revidierte Asylgesetz und das Ausländergesetz bildeten zusammen einen politischen Werkzeugkasten, der «aus lauter Schraubzwingen» bestehe. Dabei wisse die Politik spätestens seit dem Thema Drogen: «Personen in Not kann man nicht einfach wegekeln.»

Dreifuss als Galionsfigur

Die bunte Breite der «Koalition für eine humanitäre Schweiz» und des fürs zweifache Nein werbenden Bündnisses «gegen Behördenwillkür und Ausgrenzung» mag die Urheber des Referendums zwar freuen. Nicht alle im vielstimmigen Chor singen aber nach der gleichen Partitur. Entsprechend viel Gewicht hat spätestens seit gestern die politische Galionsfigur, die für ein Nein zu den beiden Gesetzen einsteht: Alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss. Dreifuss sagte gestern deutlich, die beiden Gesetze seien in engem Zusammenhang zu beurteilen und an den Absender zurückzuschicken. Die Gesetze seien in vielen Bereichen geprägt von «menschenverachtenden und realitätsfremden» Prämissen. Als besonders stossendes Beispiel nannte Dreifuss die Möglichkeit, selbst minderjährige Asylsuchende bis zu einem Jahr in Haft zu setzen, und zwar lediglich für ihr «Vergehen, auf eine bessere Zukunft zu hoffen.»

Nebst der von Dreifuss scharf kritisierten Bemessung von Haftmassnahmen gegen Asylsuchende und der zusätzlich möglichen Beugehaft gilt die Kritik vorab den verschärften Bestimmungen für Asylsuchende ohne Papiere. Für den grünen Genfer Nationalrat Ueli Leuenberger wird hier die Grenze des Vorstellbaren gesprengt: Es sei undenkbar, dass ein vom Staat Verfolgter und an Leib und Leben Bedrohter bei diesem Staat gleich auch noch die offiziellen Reisepapiere für seine Flucht bestelle. Mit solchen Bestimmungen heble das revidierte Asylgesetz de facto das Asylrecht aus.

Weg in die Illegalität

Eine weitere Hauptkritik gilt dem Umstand, dass die neuen gesetzlichen Vorlagen für die Zehntausenden in der Schweiz lebenden Sans-Papiers keinen gangbaren Weg in die Legalität aufzeichneten. Mehr noch: Der wachsende Druck werde zusätzliche Kreise notgedrungen in die Illegalität zwingen. Der Wunsch, bestehende Probleme «unsichtbar» zu machen, erhöhe auf die Dauer nur die allgemeine Xenophobie in der Gesellschaft, sagt Leuenberger. Ähnlich argumentiert Corinne Henchoz, die stellvertretende Zentralsekretärin des Heks: Ein System, das Asylsuchende bloss aus der Statistik streichen wolle, löse die Probleme nicht, sondern verlagere diese bloss – etwa in die Städte.

SVP ist zuversichtlich

Für die breite Zustimmung zum revidierten Asylgesetz und zum neuen Ausländergesetz warb gestern die SVP. Ihr kommen die beiden Referenden zupass: Dank den Referendumsabstimmungen bietet sich dem Volk in einem wichtigen Bereich die Möglichkeit, den Kurs zu bestimmen und ein Zeichen zu setzen. Die FDP wiederum konstatiert, mit dem Nein gegen die Gesetze würden auch dessen Vorzüge bekämpft. Sie nennt insbesondere die Integrationsbemühungen im Ausländergesetz. Die Partei unterstütze die beiden Gesetze und wolle mit einem liberalen Komitee im Abstimmungskampf aktiv sein.

Stattdessen wird die Abstimmung über das revidierte Asylgesetz und das neue Ausländergesetz frühestens im September.

Der Bund, Marc Lettau [07.04.06]